Stadt Kamen **Niederschrift**

SuS

über die
3. Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am Mittwoch, dem 27.11.2013
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:15 Uhr

Anwesend

SPD
- Herr Frank Ambrosch
- Herr Michael Dubbel
- Herr Joachim Eckardt
- Herr Daniel Heidler
- Frau Renate Jung
- Herr Helmut Kampmann
- Herr Heiko Klanke
- Herr Ulrich Marc
- Frau Ursula Müller

CDU
- Herr Rainer Fuhrmann
- Herr Reinhard Hasler
- Herr Ralf Langner
- Frau Kerstin Weingarten

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
- Frau Anke Dörlemann
- Frau Alexandra Möller

FDP
- Herr Martin Wiegelmann

DIE LINKE / GAL
- Herr Werner Bucek

Sachverständige gem. Beschluss des Schul- und Sportausschusses
- Frau Dr. Birgit Brinkschulte
- Herr Georg Gahlen
- Herr Dr. Klaus Hoffmann
- Herr Kunibert-Josef Kampmann
- Herr Christian Ring
- Herr Frank Stewen
- Herr Peter Wehlack
- Frau Susanne Wessels

Verwaltung
- Herr Reiner Brüggemann
- Herr Jürgen Dunker
- Herr Markus Höper
- Frau Marion Jachmann

Entschuldigt fehlten
- Herr Bernhard Kohl
- Herr Martin Kusber
- Frau Ina Scharrenbach
- Herr Sören van Lück
- Herr Jochen Voigt

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Eckardt,** begrüßte die anwesenden Mitglieder des Schul- und Sportausschusses, Frau Schulamtsdirektorin Wessels, die Vertreter der Presse, die Schulleiter, Herrn Ring als Vertreter für den Sportverband Kamen e.V. sowie die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Anschließend verpflichtete er Herrn **Langner**, seine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze zu beachten und seine Pflichten zum Wohle der Gemeinde zu erfüllen.

Herr Eckardt bat darum, bei der Bezeichnung des Tagesordnungspunktes 1 die Worte „Einführung einer“ zu streichen. Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung fragte Herr **Bucek**, warum die Niederschrift der letzten Sitzung vom 16.10.2013 noch nicht vorliegen würde.
Herr **Brüggemann** erklärte, dass die Verwaltung bemüht sei, Niederschriften in der Regel innerhalb von 4 Wochen zu fertigen und zuzuleiten. Da es sich jedoch um eine nicht planmäßige und umfangreiche Sitzung gehandelt habe und die Themen für die aktuelle Sitzung keine Relevanz hätten, sei es auch mit Blick auf andere Aufgabenbereiche nicht möglich gewesen, die Niederschrift innerhalb dieses Zeitrahmens vorzulegen.

Herr **Eckardt** zeigte sich davon überzeugt, dass die Vorlage der Niederschrift durch die Verwaltung zeitnah erfolge.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Statistik über die Klassenbildung des Schuljahres 2013/14	092/2013
3	Schulsituation im Schuljahr 2013/2014	
3.1	Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna zu den Grundschulen	
3.2	Bericht des Schulleiters der Hauptschule	
3.3	Bericht des Schulleiters der Realschule	
3.4	Bericht des Schulleiters des Städt. Gymnasiums	
3.5	Bericht des Schulleiters der Gesamtschule	
3.6	Bericht des Schulleiters der Käthe-Kollwitz-Schule	
4	Sportflächenentwicklung in Kamen-Mitte hier: Zentrale Sportplatzanlage	088/2013
5	Sportförderung Bezuschussung im Jahr 2013	083/2013
6	Antrag des Tennisclub Kamen-Methler e.V. auf Verleihung der Sportplakette der Stadt Kamen	093/2013
7	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. **Öffentlicher Teil**

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.
092/2013 Statistik über die Klassenbildung des Schuljahres 2013/14

Herr **Fuhrmann** begrüßte, dass die Verwaltung die Anregung aufgegriffen habe, der Statistik auch Zahlen über den gemeinsamen Unterricht beizufügen.
Mit Blick auf die anstehenden Anmeldungen zu den weiterführenden Schulen bat er um Mitteilung, wie sich die einzelnen Förderschwerpunkte auf das 4. Schuljahr aufteilen würden.

Herr **Brüggemann** antwortete, dass eine schulstandortscharfe Zuordnung aktuell nicht vorgenommen werden könne, diese Frage aber zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werde. Hinsichtlich der sich in der Umsetzung der Inklusion ergebenden Handlungsbedarfe habe die Verwaltung bereits im April in einem ersten Schreiben die Schulen gebeten, unter Beteiligung der Mitwirkungsgremien das Thema Inklusion zu diskutieren. Weiterhin habe die Verwaltung Mittel für die Umsetzung erster Maßnahmen in den Entwurf des Produkthaushaltes 2014 eingestellt. Nach dem Vortrag des Herrn Dr. Habeck in der letzten Sitzung im Schul- und Sportausschuss seien die Schulen erneut angeschrieben worden, um ihre Positionen mit Blick auf das nunmehr verabschiedete 9. Schulrechtsänderungsgesetz zu formulieren.
In der sich nach dem Vortrag des Herrn Dr. Habeck anschließenden Diskussion sei bereits formuliert worden, dass Sorgen in der Umsetzung der Inklusion auf allen Ebenen bestehen würden, die aufzunehmen seien. Dieses gelte sowohl auf Seiten der Schulen, der Eltern sowohl der Kinder mit Förderbedarf als auch der Kinder in den Regelschulen sowie der Kollegien.
In der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 26.11.2013 sei bereits ein Beratungsangebot im Rahmen der zu implementierenden Familienberatungsbüros angekündigt worden. Für eine Unterstützung seien auch noch die Förderschulstrukturen vorhanden.

Herr **Kampmann** wies ergänzend darauf hin, dass 10 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf im gemeinsamen Unterricht zum Schuljahr 2013/14 von der Primar- in die Sekundarstufe gewechselt seien. Der Übergang werde zwischen den beteiligten Schulen und der Schulaufsicht intensiv abgestimmt. Insgesamt betrachtet sei Kamen in der Sekundarstufe I sehr gut ausgestattet. Die Sekundarstufe I der Regelschulen besuchten schon jetzt 100 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf. Strukturelle Fragen würden sich erst langfristig stellen. Aktuell stelle sich die Frage der Verteilung der Lehrerstellen. Der an der Käthe-Kollwitz-Schule vorhandene Bestand an Lehrkräften für die Sekundarstufe I sei insgesamt ausreichend.

Mit Blick auf die vorhandenen Klassengrößen sei, so Frau **Möller**, eine Anpassung der Zügigkeit der Gesamtschule auf 7 Züge zu überlegen. Die Schulform werde stark nachgefragt. Auch zum Schuljahr 2013/14 hätten viele Schülerinnen und Schüler bei der Anmeldung abgewiesen werden müssen. Es bestehe ein offensichtliches Ungleichgewicht. Die vorhandenen Raumprobleme seien bekannt. Es bestehe jedoch offensichtlich der Wunsch der Eltern nach Schulformen mit G9- statt G8-Abitur.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass Entscheidungen über die Zügigkeit nicht nur die Gesamtschule, sondern auch alle anderen weiterführenden Schulen betreffen würden. Die Verwaltung wolle alle Schulsysteme mitnehmen. Die Frage könne in der regelmäßig stattfindenden Gesprächsrunde, an der die Schulleiter, die schulpolitischen Sprecher der Fraktionen und die Verwaltung teilnehmen, erörtert werden.

Frau **Weingarten** regte an, die Statistik um Angaben über die Verteilung der Förderschwerpunkte auf die einzelnen Jahrgänge zu erweitern.

Herr **Brüggemann** sagte eine Prüfung zu.

Zu TOP 3.

Schulsituation im Schuljahr 2013/2014

Zu TOP 3.1.

Bericht des Schulamtes für den Kreis Unna zu den Grundschulen

Schulamtsdirektorin Frau **Wessels** berichtete, dass nach tagesaktuellen Statistikdaten 1.462 Schülerinnen und Schüler die Grundschulen besuchen würden. Die Klassenbildung liege an allen Schulen im rechtlichen Rahmen; die kommunale Klassenrichtzahl werde eingehalten. Größte Grundschule sei die Diesterwegschule mit 322 Kindern. Die kleinsten Grundschulen seien die Eichendorffschule mit 175 und die Jahnschule mit 172 Kindern. Alle Grundschulen würden die Betreuungsformen der offene Ganztagsschule und der verlässlichen Grundschule anbieten.

Die Besetzungssituation im Bereich der Schulleitungsstellen als auch im Bereich der Lehrerstellen stelle sich positiv dar. Nur die Schulleitungsstelle an der Friedrich-Ebert-Schule sei vakant. Die Konrektorin Frau Niemeier leite die Schule kommissarisch und erhalte Unterstützung durch eine kompetente Lehrkraft der Schule.
Einem Bedarf von 75,52 Lehrerstellen stehe ein Bestand von 78,82 Lehrerstellen gegenüber. Die zusätzlichen Ressourcen würden zur Förderung zum Beispiel beim Mehrbedarf im gemeinsamen Unterricht, in der offenen Ganztagsschule, der Schuleingangsphase, der Integrationshilfe und für besondere Angebote genutzt. An den Grundschulen befänden sich zurzeit 6 Lehramtanwärterinnen und Lehramtsanwärter in der Ausbildung.

Im Gemeinsamen Unterricht mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache, sozial-emotionale Entwicklung, geistige Entwicklung und Hören würden 53 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

Frau Wessels berichtete weiterhin, dass im Februar 2014 die Unterrichtsbesuche der Qualitätsanalyse in der Eichendorffschule stattfinden würden.

Als besonderer Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit in den Grundschulen stehe die Inklusion als Gesamtprozess an. Die Friedrich-Ebert-Schule sei hier als Unterstützerschule im Bereich der Grundschulen benannt worden und biete Unterstützung im Bereich des gemeinsamen Lernens für andere Grundschulen an.

Zu TOP 3.2.

Bericht des Schulleiters der Hauptschule

Herr **Stewen** teilte mit, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler an der Hauptschule entgegen dem landesweiten Trend auf 316 gestiegen sei. Die Hauptschule stehe bereits mitten im Inklusionsprozess. Das Kollegium setze sich aus 23 Lehrkräften aus der Regelschule und 9 Sonderpädagogen zusammen. Die Schule habe mit Blick auf die ihr zur Verfügung stehenden Ressourcen die Auslastungsgrenze erreicht.
Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund betrage 38 %.

Zu den pädagogischen Schwerpunkten gehöre in diesem Schuljahr die Weiterentwicklung des im letzten Schuljahr erfolgreich durchgeführten Musicalprojektes in Zusammenarbeit mit der pädagogischen Hochschule Heidelberg zu einem Kompetenztraining zur Entwicklung mentaler Stärke (HKT) und die mit der REWE-Gruppe Nüsken abgeschlossene Lernpartnerschaft. Im Rahmen der GoIn-Schule würden neue Projekte initiiert.
Weiterhin sei die Hauptschule gemeinsam mit der Fridtjof Nansen Realschule als Vorreiterschule Inklusion benannt worden. Neben der Zuweisung von Entlastungsstunden solle die Hauptschule befähigt werden, andere Schulen bei der Umsetzung der Inklusion zu unterstützten.

Herr **Bucek** regte an, dass sich der Schul- und Sportausschuss in einer der nächsten Sitzungen vor Ort in der Hauptschule über die Arbeit als Vorreiterschule berichten lassen sollte, um sich über das Thema Inklusion auch mit Blick auf die Praxis zu informieren.

Herr **Eckardt** berichtete, dass es sich bei der Arbeit als Vorreiterschule insbesondere auch um Verwaltungsarbeit handeln würde. Es müsse aufgearbeitet werden, ob hieraus ein Tagesordnungspunkt entwickelt werden könne.

Abschließend berichtete Herr **Stewen**, dass aktuell die Stelle der stellvertretenden Schulleitung mit Frau Dr. Günnewig besetzt worden sei.

Zu TOP 3.3.

Bericht des Schulleiters der Realschule

Herr **Wehlack** berichtete, dass aktuell 477 Schülerinnen und Schüler die Fridtjof Nansen Realschule in 18 Klassen, davon 3 mit integrativer Lerngruppe, besuchen würden. 154 Schülerinnen und Schüler hätten einen Migrationshintergrund und 39 eine ausländische Staatsbürgerschaft.

Das Kollegium bestehe aus 35 Lehrkräften, 3 abgeordneten Sonderpädagoginnen und -pädagogen sowie einer Schulsozialarbeiterin mit einem Zeitanteil einer halben Stelle.
Er appellierte an die Ausschussmitglieder, sich für eine Fortführung der erfolgreichen Schulsozialarbeit nach dem Auslaufen der Förderung durch das Bildungs- und Teilhabepaket zum Schuljahresende 2013/2014 einzusetzen.

Im Abschlussjahrgang 2013 hätten 55 Schülerinnen und Schüler die Fachoberschulreife mit Qualifikation erreicht. 20 Schülerinnen und Schüler seien in die Sekundarstufe II der Gesamtschule und 12 an das Städt. Gymnasium gewechselt.

Mit der nunmehr vorhandenen durchgängigen 3-Zügigkeit entspreche die Klassenanzahl der Realschule erstmalig der im Errichtungserlass in 2001 vorgesehenen Zügigkeit und dem festgelegten Raumkonzept nach Erlasslage. Mit Blick auf die vorhandenen drei integrativen Lerngruppen und die damit benötigten Gruppenräume bestehe kein Raumüberhang.

Die Realschule sei neben der Hauptschule als Vorreiterschule Inklusion benannt worden. Inklusion könne nach seiner Auffassung nur funktionieren, wenn ausreichende personelle Ressourcen zur Verfügung stehen würden.

Im Bereich der neuen Medien sei die Schule, so Herr Wehlack, in die Nutzung des Betriebssystems Windows 8 eingestiegen und habe ein neues Projekt unter Einsatz von Tablet-Computern gestartet. Erprobt werde die Einbindung dieser Medien in die weitere pädagogische Arbeit.
Die Tablet-Computer würden noch lokal genutzt. Der Schulträger arbeite an der Einrichtung von Funknetzten an den weiterführenden Schulen.

Herr Wehlack bedankte sich dafür, dass es dem Schulträger gelungen sei, das Angebot einer Schulbibliothek am Schulzentrum zu sichern. Hier werde bei einem Budget von 2.500 € pro Jahr mit 17.000 Ausleihen sehr gute Arbeit geleistet, die von den Schülerinnen und Schülern stark nachgefragt sei.
Auf Nachfrage von Herr **Fuhrmann**, wie sich das Raumkonzept und insbesondere die Ausstattung der Schule hinsichtlich der Unterrichtung der Integrationsklassen im Unterrichtsfach Technik darstelle, erklärte Herr Wehlack, dass der Unterricht in Abstimmung mit der Förderschule einmal in der Woche an der Käthe-Kollwitz-Schule stattfinde.

Hinsichtlich der allgemeinen Raumsituation informierte Herr **Brüggemann** darüber, dass der Verwaltung ein Schreiben der Gesamtschule über bestehende Engpässe in der Raumausstattung gerade der Sekundarstufe II vorliege. Das Schreiben sei auch den Fraktionen zugeleitet worden. Er zeigte sich überzeugt davon, dass die bereits in der Vergangenheit zwischen Schulträger sowie den Schulleitungen der Gesamtschule und Realschule geführten Gespräche fortgesetzt würden und auch in diesem Falle ein Konsens erzielt werden könne.

Herr **Fuhrmann** merkte an, dass es nicht im Sinne des inklusiven Unterrichtes sein könne, wenn der Fachunterricht an einem anderen Schulstandort stattfinde.

Herr **Klanke** machte deutlich, dass aus dem Vortrag des Schulleiters der Realschule deutlich zum Ausdruck gekommen sei, dass hier kein Konflikt bestehe.

Herr **Kampmann** wies darauf hin, dass es richtig sei, dass grundsätzlich für den Bildungsanspruch der SchülerInnen mit dem Förderschwerpunkt Lernen an einer Regelschule in den Bereichen Arbeitslehre und Technik ab Klasse 7 Unterrichtsmöglichkeiten für den praktischen Bereichen vorhanden sein müssen. Die hier gefundene Lösung sei, da die Realschule nicht über entsprechende Ausstattungen verfüge, jedoch tragbar. Mittelfristig sollte über andere Lösungen nachgedacht werden.

Niemand wolle, so Herr **Hasler**, einen Konflikt heraufbeschwören. Die von Herrn Fuhrmann aufgeworfene Fragestellung sei in der perspektivischen Betrachtung konstruktiv.

Herr **Eckardt** betonte, dass hier organisatorische Fragen im Vordergrund stehen würden und keine Konfliktlage bestehe. Durch die CDU-Fraktion sei hinterfragt worden, ob die Unterrichtung an einem außerschulischen Lernort der Inklusion entspreche. Es sei eine Lösung gefunden worden, die praktikabel sei.

Frau **Möller** erklärte, dass aus ihrer Sicht die Durchführung des Unterrichtes an einem außerschulischen Lernort kein Problem darstelle.

Zu TOP 3.4.

Bericht des Schulleiters des Städt. Gymnasiums

Mit der Entlassung des Doppeljahrganges und der damit vollzogenen Umstellung auf das G8-Abitur sei nach Mitteilung von Herrn **Gahlen** ein historischer Schnitt eingetreten. Die Gesamtschülerzahl sei gegenüber dem Vorjahr um 111 auf nunmehr 978 gesunken. Der Anteil der Schülerinnen betrage 47 %. 96 Schülerinnen und Schüler hätten einen Migrationshintergrund und 3,3 % eine ausländische Staatsbürgerschaft.
Im 5. Jahrgang seien 119 Schülerinnen und Schüler angemeldet worden. Dieser Anstieg gegenüber dem Vorjahr sei sehr erfreulich und zeige, dass es keine generelle Abstimmung gegen das G8-Abitur gebe. Es sei aufgrund der Schülerzahlen möglich, die Klassengrößen möglichst klein zu halten. Die Rückmeldungen aus Lehrerkollegium und Elternschaft hierzu seien sehr gut.
Die Sekundarstufe II werde von 445 Schülerinnen und Schülern besucht, davon 170 in der Einführungsphase, 121 in der Qualifikationsphase I und 154 in der Qualifikationsphase II.
Es bestehe weiterhin ein insgesamt großes Kursangebot mit 11 Leistungskursen in der Qualifikationsphase I und 15 Leistungskursen in der Qualifikationsphase II. Es könnten weiterhin 5 Fremdsprachen angeboten werden.

Das Kollegium bestehe derzeit aus 75 Lehrkräften sowie 8 Referendaren. Die Krankheitssituation im Kollegium habe sich entspannt. An Krebs erkrankte Lehrkräfte seien in der Wiedereingliederung. Herr Gahlen bedankte sich noch einmal für die vom Schulträger umfassend und transparent durchgeführten Untersuchungen.

Es sei weiterhin notwendig, zum 2. Schulhalbjahr fachspezifische Unterrichtskürzungen vorzunehmen.

Die 220 geprüften Schülerinnen und Schüler des Doppeljahrganges hätten mit einem Notendurchschnitt von 2,4 insgesamt gute Abiturergebnisse erzielt, die über dem Landesdurchschnitt liegen würden. 58 Schülerinnen und Schüler hätten das Abitur sogar mit der Note 1 vor dem Komma abgeschlossen.

Weiterhin berichtete Herr Gahlen, dass die enge Zusammenarbeit mit dem Internat des Fußball- und Leichtathletikverbandes Westfalen (FLVW) sowie des Westfälischen Tennisverbandes (WTV) fortgeführt werde.

Das Thema Inklusion werde zunächst durch eine Informationsgewinnung und Fortbildung der Lehrkräfte angegangen. Aktuell gebe es jedoch keine Anfragen aus der Elternschaft zu einer inklusiven Beschulung am Gymnasium.

Die Schulsozialarbeit sei auch aus seiner Sicht sehr sinnvoll.

Abschließend informierte Herr Gahlen darüber, dass in der Unterrichtsdurchführung das Doppelstundenmodell eingeführt worden sei, das sich bisher sehr positiv ausgewirkt habe.

Herr **Brüggemann** teilte ergänzend mit, dass in der Schulsozialarbeit in Kamen aktuell 6 SchulsozialarbeiterInnen auf 4 Vollzeitstellen tätig seien. Die Finanzierung über das Bildungs- und Teilhabepaket aus Bundesmitteln sei bis zum 30.06.2014 gesichert. Bereits in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 21.03.2013 habe sich der Ausschuss auf Antrag der SPD-Fraktion mit dem Thema auseinandergesetzt und sich für eine Fortführung der Schulsozialarbeit ausgesprochen. Die Verwaltung setze sich als Schulträger dafür ein, an dem bestehenden Konstrukt festzuhalten und habe für eine Fortführung bis zum Jahresende 2014 Haushaltsmittel eingetragen. Die Systemkosten beliefen sich auf rd. 230.000 €/Jahr.

Herr **Heidler** betonte die bundesweite Bedeutung der Schulsozialarbeit, die sich auch in der Finanzierung durch Bundesmittel niederschlagen müsse.

Zu TOP 3.5.

Bericht des Schulleiters der Gesamtschule

Herr **Dr. Hoffmann** informierte darüber, dass die Schülerzahl der Gesamtschule mit 1.384 Schülerinnen und Schülern, davon 1.059 in der Sekundarstufe I und 325 in der Sekundarstufe II, erneut gestiegen sei. Bei den Anmeldungen zum 5. Jahrgang sei mit 225 wieder ein deutlicher Überhang zu verzeichnen gewesen, so dass erneut Ablehnungen erfolgen mussten. Mit 132 Neuanmeldungen zum 11. Jahrgang sei gegenüber 126 im Vorjahr eine Steigerung zu verzeichnen. Die Nachfrage auch aus den umliegenden Städten und Gemeinden sei weiterhin groß.
Der Notendurchschnitt von 2,9 bei den diesjährigen Abiturprüfungen liege über dem des Gymnasiums. Zu beachten sei jedoch, dass rund 80 % der Schülerinnen und Schüler keine gymnasiale Empfehlung gehabt hätten.

In der Qualifikationsphase würden 7 Leistungskurse angeboten, darunter in den Fächern Sport und Kunst.

Die mit der deutlichen Vergrößerung der Sekundarstufe II verbundene Raumproblematik sei durch die zeitnahe Einrichtung von drei Unterrichtsräumen durch den Schulträger entschärft worden, führe jedoch dazu, dass nunmehr in der Sekundarstufe I in dem Fach Kunst und den Naturwissenschaften ein Teil des Unterrichts in Klassen- statt Fachräumen durchgeführt werden müsse. Aufgrund dieser Schulraumverknappung müsse über eine Grenzziehung für die Sekundarstufe II nachgedacht werden.

Die Stellenbesetzung sei mit rd. 110 Lehrkräften gut.

Die Gesamtschule sei im Bereich der neuen Medien schon jetzt mit 180 Einzelplätzen in Informatikräumen gut ausgestattet. Ziel sei es jedoch, durch die Einrichtung von Funknetzen das Lernen mit den neuen Medien mobiler zu machen. Die Schule befinde sich hier in enger Abstimmung mit dem Schulträger.

Weiterhin berichtete Herr Dr. Hoffmann über die Erstellung eines neuen Schulprogrammes, in dem die Lernziele sehr stark gestrafft wurden, sowie die erfolgreiche Fortführung der zahlreichen Schulprojekte wie Busguides und Betreuung älterer Menschen im Projekt „Haus Volkermann“. Die Musikklasse werde mit durchschnittlich 28 Schülerinnen und Schülern pro Jahrgang nunmehr im dritten Jahr angeboten. Das bilinguale Profil zur Sprachkompetenzerweiterung bis zum Abitur werde mit 40 bis 50 Schülerinnen und Schülern nach wie vor sehr stark nachgefragt.
Mit der Firma Vahle sei ein neues Projekt vereinbart worden. Hierbei werde einerseits die Entwicklung einer Stromschiene im naturwissenschaftlichen Unterricht behandelt, andererseits Industriekaufleuten der Firma eine Begleitbildung in den Fächern Technik und Physik ermöglicht.
Das MINT-Profil (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik) der Schule werde durch eine Kooperationsvereinbarung mit der Hochschule Hamm-Lippstadt gestärkt.
Als neuestes Projekt sei die Beteiligung an dem wachsenden Steg an der Seseke zu nennen.

Die enge Verzahnung der Schule in der Betreuung des wachsenden Steges sei nach Einschätzung von Herrn **Klanke** positiv zu bewerten und zeige, dass das Projekt von der Schule mitgetragen werde.

Zu TOP 3.6.

Bericht des Schulleiters der Käthe-Kollwitz-Schule

Herr **Kampmann** wies hinsichtlich der Entwicklung der Schülerzahlen mit Förderbedarf, des Verhältnisses der Schülerzahlen zwischen Förderschule und integrativer bzw. inklusiver Förderung in den Stammschulen sowie die Lehrerstellenbesetzung auf den Abschlussbericht an das Schulministerium (*Anmerkung der Verwaltung: Der Abschlussbericht wird über das Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt*) sowie den in Kopie verteilten und als Anlage der Niederschrift beigefügten Bericht (Anlage I) hin.

Von den 294 Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf Lern- und Entwicklungsstörungen im Einzugsbereich des Kompetenzzentrums für sonderpädagogische Förderung würden 160 integrativ bzw. inklusiv beschult, was einer Quote von rd. 54 % entspräche. Damit liege der Einzugsbereich Kamen und Bönen über dem Landes- und auch Kreisdurchschnitt. Dieses sei nur durch die gute Zusammenarbeit und das Vertrauen der beteiligten Schulen sowie die intensive Unterrichtsbegleitung möglich. Er sprach hierfür seien Dank aus.

Von den 22 Lehrkräften der Käthe-Kollwitz-Schule seien 18 mindestens an einem Tag zur Förderung und/oder Diagnose an einer anderen Schule in Kamen oder Bönen abgeordnet. Nur noch 4 Lehrer seien am Schulstandort der Käthe-Kollwitz-Schule bei 8 Lerngruppen ständig vor Ort.

Abschließend brachte Herr Kampmann in Erinnerung, dass die Pilotphase für das Kompetenzzentrum zum 01.08.2014 endet.

Nach Abschluss der Berichte des Schulamtes für den Kreis Unna und der Schulleiter regte Herr **Eckardt** an, diesen Tagesordnungspunkt zukünftig zum Anlass zu nehmen, die Sitzung an einem der Schulstandorte durchzuführen, um gegebenenfalls Sonderprojekte direkt in Augenschein nehmen zu können.

Zu TOP 4.
088/2013 Sportflächenentwicklung in Kamen-Mitte
hier: Zentrale Sportplatzanlage

Herr **Brüggemann** erklärte, dass die Verwaltung bereits im Jahr 2012 mit Beschlussvorlage 043/2012 die Planungen zur Sportflächenentwicklung in Kamen-Mitte und die Errichtung einer zentralen Sportplatzanlage vorgestellt und den Auftrag erhalten habe, die planungsrechtlichen und finanztechnischen Voraussetzungen zu prüfen. Die finanztechnische Realisierung sei mit dem Produkthaushalt 2013 beraten und beschlossen worden. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass bei den vorhandenen Sportplatzanlagen in Kamen-Mitte ein Sanierungsstau bestehe.

Anhand einer Präsentation (Anlage II) ging Herr Brüggemann auf die bestehenden Sportplatzanlagen und die geplanten Maßnahmen ein.

Die Sportplatzanlage im Hemsack werde vom Kamener SC und den Schulen, die dort vorhandene Bolzplatzfläche vom TV Südkamen für Ultimate Frisbee und von offenen Gruppen genutzt. Weiterhin sei im Sommer 2013 im nord-östlichen Bereich des Geländes ein Beachvolleyballfeld installiert worden, dass jedoch je nach Planungserfordernis mit geringem Aufwand verlegt werden könne.
Die zur Vorbereitung der notwendigen planungsrechtlichen Verfahren für eine Teilnutzung des Geländes als Wohnbaufläche beauftragten Gutachten ließen im Ergebnis eine bauliche Entwicklung zu.
Die Verwaltung habe mit allen Nutzern die Entwicklung besprochen und Vereinbarungen getroffen. Neben den Sportanlagennutzern sei auch der Polizeihundesportverein betroffen. Eine Umsiedlung müsse jedoch nicht kurzfristig erfolgen, da die Fläche nicht sofort bebaut werde.

Am Schulzentrum sei die Modernisierung des vorhandenen Großspielfeldes als Kunstrasenplatz und der Rundlaufbahn vorgesehen. Die vorhandenen Mehrzweckspielfelder würden teilweise zurückgebaut um in einem Teilbereich eine Speerwurfanlage in Naturrasen anzulegen. In der verbleibenden Fläche werde der Kunststoffbelag neu beschichtet. In dem sich östlich anschließenden Bereich der Gymnastikwiese sei die Errichtung eines Großspielfeldes mit Kunstrasen vorgesehen. Hier sei auch eine kleine Tribünenanlage mit Überdachung geplant.
In Abstimmung mit der Gesamtschule und der Realschule werde nicht auf die Rundlaufbahn verzichtet und diese in Kunststoff ausgeführt.
Die Sportplatzanlage erhalte eine vollständige Umzäunung. Die im Lageplan eingezeichnete Fläche für ein Mehrzweck- und Umkleidegebäude sei nur ein Lagevorschlag. Das Gebäude werde aufgrund einer Forderung der Schulen mit Unterrichts- und Besprechungsräumen für den Außensport ausgestattet.
Für den Verein Pétanque Club Kamen, dessen Sportart Boule immer mehr Zuspruch erfahre, sei eine andere Sportflächensituation zu organisieren.

Herr Brüggemann führte weiterhin aus, dass die Durchführung der Modernisierung des Tennenplatzes im Jahnstadion als Kunstrasenplatz mit einem durch die Sicherstellung des Spiel- und Wettkampfbetriebes bedingten zeitlichen Versatzes noch in 2014 erfolgen werde. Dieser Zeitrahmen sei vorgesehen, um die Fußball spielenden Vereine in Kamen-Mitte auf Augenhöhe zu stellen.

Hinsichtlich der Sportplatzanlage Lüner Höhe wies Herr Brüggemann auf den hier ebenfalls für den Tennenplatz und das Umkleidegebäude bestehenden Sanierungsstau hin. In den Überlegungen für eine weitere Nutzung dieser Sportplatzanlage werde durch die Verwaltung geprüft, hier den Pétanque Club Kamen unterzubringen. Es bestünden weitere Überlegungen und Interessensbekundungen für eine weitere Nutzung, die jedoch auch mit Blick auf das nahe Wohngebiet zu bewerten sein. Über die weitere Umsetzung werde die Verwaltung berichten.

Bei den Planungen der Sportflächenentwicklung habe die Verwaltung, so erklärte Herr Brüggemann, auch die Zukunftsfähigkeit der Vereine berücksichtigt. Die gesunkenen Mitgliederzahlen hätten im Wesentlichen ihre Ursache darin, dass keine Kunstrasenplätze zur Verfügung stehen würden. Die Vereine seien ohne die von der Verwaltung vorgetragene Sportflächenentwicklung mittel- bis langfristig nicht überlebensfähig.

Abschließend erläuterte Herr Brüggemann die in der Vorlage beschriebene Zeitachse. Diese bedinge auch eine Änderung der bisherigen haushaltlichen Linie. Die Verwaltung habe daher in den Entwurf des Produkthaushaltes 2014 die Gesamtkosten in der Umsetzung für 2014 vorgetragen. Die im Haushaltssicherungskonzept vorgesehenen Erträge erfolgten durch die Einzahlungen aus der Veräußerung der Sportplatzanlage Hemsack für die Wohnbebauung.
Der Planungs- und Umweltausschuss werde sich mit der Sportflächenentwicklung in seiner Sitzung am 28.11.2013 befassen. Den Schulen würden die Planungen in der nächsten Schulleiterbesprechung am 04.12.2013 erneut vorgestellt.

Die Umsetzung der Sportflächenentwicklung sei, so Herr **Klanke**, mit der Verabschiedung des Produkthaushaltes 2013 beschlossen worden. Insoweit habe die Verwaltung nunmehr eine Mitteilungsvorlage vorgelegt. Die SPD-Fraktion habe in der Vergangenheit eine Entwicklung der Sportplatzanlagen mit eingefordert. Kunstrasenplätze seien gegenüber Naturrasen- und Tennenplätzen intensiver zu bespielen und es würden weniger Verletzungen verursacht. Nachdem bereits die Vereine in den Ortsteilen über Kunstrasenplätze verfügen würden, sei auch für die Vereine in Kamen-Mitte eine Weiterentwicklung angezeigt. Die beiden Fußballvereine in Kamen-Methler und Kamen-Heeren seien gerade im Jugendbereich überlaufen, so dass bereits Wartelisten bestehen würden. Durch die von der Verwaltung vorgetragene Sportflächenentwicklung sei eine gleichmäßige Verteilung gerade der Jugendarbeit möglich. Insgesamt werde der Zugang zum Sport erleichtert.

Die von der Verwaltung vorgelegten Planungen zur Sportflächenentwicklung seien nach Ansicht von Herrn **Fuhrmann** sportpolitisch sehr ausgereift und passe in die Situation der Vereine. Hinsichtlich des Mehrzweckgebäudes bat er um Auskunft, ob die Ausführung von Arbeiten durch Hand- und Spanndienste der Vereine vorgesehen sei. Weiterhin stelle sich die Frage, ob die erst vor kurzem auf der Sportplatzanlage Lüner Höhe installierte Flutlichtanlage versetzt werde.

Herr **Brüggemann** antwortete, dass die Ausführung von Hand- und Spanndiensten mit den Vereinen zu besprechen sei. Die Möglichkeiten würden sich jedoch auf einfache Gewerke reduzieren. Der Abbau und eine Neuinstallation der Flutlichtanlage des Sportplatzes Lüner Höhe seien nicht vorgesehen und wirtschaftlich nicht vertretbar.

Eine weitere Verwendung zu Zwecken des Pétanque Club Kamen sei zu klären.

Auf ergänzende Nachfrage von Herrn **Fuhrmann** über den Verbleib der Beach-Volleyballanlage im Hemsack teilte Herr **Brüggemann** mit, das bereits in der Vergangenheit die Schulen am Schulzentrum aus verkehrssicherungstechnischer Sicht Bedenken gegen eine dortige Anlage vorgetragen hätten, somit eine Verlagerung zum Schulzentrum nicht vorgesehen sei. Die Anlage werde mit Blick auf die Entwicklung einer Wohnbebauung sicherlich einen weiteren Bestand für die nächsten 3 bis 4 Jahre haben.

Frau **Möller** äußerte, dass die grundsätzlich kritische Haltung der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN zur Errichtung von Kunstrasenplätzen bekannt sei. Sie erkenne an, dass der Sport in der Stadt Kamen eine Entwicklung wünsche. Die bei Kunstrasenplätzen anfallenden Sanierungs- und Folgekosten würden jedoch als kritisch bewertet. Weiterhin würden durch die Zentralisierung der Sportaußenanlagen an einem Ort, der nicht von Kindern und Jugendlichen zu erreichen sei, zusätzliche Anfahrten mit dem Auto verursacht. Es entfalle zudem ein für den Freizeitbereich wichtiges Angebot an offenen Bolzplatzanlagen. Berücksichtigung müssten außerdem die Auswirkungen finden, die eine Wohnbebauung im Bereich Hemsack auf die z.B. schulische Infrastruktur in der Stadt habe. Auf die planungsrechtlichen Belange werde die Fraktion im Planungs- und Umweltausschuss eingehen.

Herr **Brüggemann** erklärte, dass für die Sportplatzanlage Lüner Höhe eine offene Bolzplatzfläche vorgesehen sei. Die Lage der zentralen Sportplatzanlage am Schulzentrum sei nach intensiverer Betrachtung für den Großteil der Kinder- und Jugendlichen aus Kamen-Mitte nicht weiter als die Sportplatzanlage Hemsack. Zudem bestehe eine optimale Anbindung an das Radwegenetz. Die Nähe zum Schulzentrum bedeute weiterhin, dass der Weg bei rd. 70 % der Kinder und Jugendlichen als Schulweg bereits habitualisiert sei. Die sich aus einer Wohnbebauung ergebenden Infrastrukturbedarfe seien nur unzureichend vorherzusagen. Hinsichtlich der Versorgung des Wohngebietes mit Kindertageseinrichtungen und Schulen sei er nicht in Sorge.

Die planungsrechtlichen Prüfparameter seien, so Herr Brüggemann, abgearbeitet worden und nach Auffassung der Verwaltung zufriedenstellend beantwortet worden.

Herr **Hasler** bat darum, dass auch die Modernisierung des Tennenplatzes im Jahnstadion in einen Kunstrasenplatzes zeitnah erfolge.

Verein und Politik könne nach Mitteilung von Herrn **Brüggemann** darauf vertrauen, dass die Umsetzung auch dieser Modernisierungsmaßnahme im Jahnstadion zeitnah erfolge.
Die Verwaltung habe bereits die Ingenieuraufträge sowohl für die zentrale Sportplatzanlage als auch für das Jahnstadion an das Planungsbüro Vennegeerts vergeben.

Zu TOP 5.
083/2013 Sportförderung Bezuschussung im Jahr 2013

Die Vorlage wurde ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

Herr **Bucek** fragte, ob sich aufgrund der Fusion der Sparkassen Unna und Kamen Änderungen bei der Sportförderung, die bisher über die Sparkasse Kamen geleistet wurde, ergeben.

Herr **Eckardt** erklärte, dass ihm keine Anhaltspunkte für entscheidende Einschnitte vorliegen würden.

Als Beispiel einer Sportförderung der Sparkasse nannte Herr **Ring** die Trikotoffensive, die der Sportverband Kamen in Zusammenarbeit mit der Sparkasse Kamen durchgeführt habe. Die Finanzierung der Trikotoffensive sei für 2014 gesichert, nachdem eine Durchführung im Jahr 2013 nicht möglich gewesen sei.

Herr **Gahlen** fragte, ob Auswirkungen auf das Schulsponsoring der Sparkasse zu erwarten seien.

Herr **Klanke** wies darauf hin, dass im Rahmen der Fusion der beiden Sparkassen klare Zusagen gemacht worden seien, das Sponsoring der Sparkasse mindestens in gleicher Höhe fortzuführen und Projekte im Bereich des Marketing gegebenenfalls als zusätzliche Maßnahmen durchzuführen. Da seitens der Sparkasse Unna bisher ein anderes Fördersystem bestanden habe, könne unter Umständen auch ein Zuwachs möglich sein.

Zu TOP 6.
093/2013 Antrag des Tennisclub Kamen-Methler e.V. auf Verleihung der Sportplakette der Stadt Kamen

Über die Vorlage wurde ohne weitere Aussprache abgestimmt.

Beschluss:

Die Sportlerinnen Tayisiya Morderger und Yana Morderger werden mit der Sportplakette der Stadt Kamen ausgezeichnet.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

7.1 Mitteilungen der Verwaltung

7.1.1.
Die Verwaltung beabsichtige nach Mitteilung von Herrn Brüggemann als Geschäft der einfachen Verwaltung die Finanzierung der offenen Ganztagsschule zu ändern und die bisher als Gruppenpauschale an die Träger geleisteten Zahlungen in Höhe von 45 T€ für die erste und 43 T€ für die zweite Gruppe auf eine Pauschale pro Kind umstellen. Die Pauschale werde rd. 1.900 € pro Kind betragen. Die notwendigen Haushaltsmittel seien durch die Verwaltung mit dem Produkthaushalt 2014 vorgetragen worden.

Die Umstellung der Zahlungen sei zum 01.02.2014 vorgesehen.

Mit Hinweis auf die von Frau Weingarten in der letzten Sitzung des Schul- und Sportausschusses gestellte Nachfrage über die Entwicklung der offenen Ganztagsschule erklärte Herr Brüggemann, dass durch die Verwaltung eine Evaluierung der pädagogischen Konzepte, der Raumkonzepte und des Personaleinsatzes in Abstimmung mit den Schulen und den Trägern vorbereitet werde und hiermit im Januar 2014 begonnen werde. Es sei vorgesehen, die Evaluierung in der ersten Jahreshälfte 2014 abzuschließen um auch Aussagen für eine mögliche Etatisierung im Produkthaushalt 2015 treffen zu können.
Hierbei seien auch Entwicklungen aus der Demografie und der Inklusion zu berücksichtigen.

7.2 Anfragen

Anfragen lagen nicht vor.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Es wurde kein Tagesordnungspunkt zur Veröffentlichung freigegeben.

gez. Eckardt
Vorsitzender

gez. Dunker
Schriftführer